

**„Aufbruch aus der Krise:  
Wachsen, Konsolidieren, Erneuern“**

Wirtschaftstag 2010  
Wirtschaftsrat der CDU e.V.  
09. Juni 2010 in Berlin

**Podium III  
Sozialstaat am Limit: Wie ist der gesellschaftliche Zusammenhalt  
zu sichern?**

**STATEMENT**

**Prof. Dr. Norbert Winkeljohann**  
Vorstand PricewaterhouseCoopers AG WPG

---

Viele Reformen der letzten Jahre haben das soziale Netz der Bundesrepublik ausgedünnt. In weiten Teilen der Bevölkerung und bei einigen Volksvertretern ist der Eindruck entstanden, Deutschland habe eine Abkehr vom bewährten Prinzip des Sozialstaats vollzogen. Dieser Eindruck ist falsch. Die soziale Absicherung in Deutschland ist weiterhin ausgesprochen gut. Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme belastet die Arbeitseinkommen jedoch erheblich mit Steuern und Sozialabgaben. Eine aktuelle OECD-Studie beziffert die Steuer- und Abgabenbelastung eines Durchschnittsverdieners in Deutschland auf 51 Prozent. Nur in Belgien und Ungarn werden die Arbeitseinkommen noch stärker belastet. Nicht nur in den USA und Großbritannien, sondern auch in Ländern mit einem traditionell sehr starken Sozialstaat wie Schweden oder Dänemark liegen die Belastungen deutlich niedriger.

**Globalisierung schränkt Umverteilung ein**

Zwei Faktoren setzen unseren Sozialstaat erheblich unter Druck und heizen die Sozialstaatsdebatte an. Die rasante Globalisierung und die damit einhergehende Öffnung der Märkte in Osteuropa und in den Schwellenländern führen zu einer fortgesetzten Verlagerung von Produktionsstätten in diese Länder. Deshalb brechen Industriearbeitsplätze in Deutschland weg. Da gleichzeitig die Einkommen aus großem Kapitalbesitz steigen, ist die Balance der Einkommensverteilung in Deutschland aus dem Gleichgewicht geraten. Verschärft wird dieser Effekt durch den internationalen Wettbewerb um die "besten Köpfe". Einen Teil der hochqualifizierten

Arbeitskräfte verliert Deutschland ins Ausland. Die Spielräume für eine Umverteilung werden so zusätzlich eingeschränkt.

### **Vergreisung der Gesellschaft erzeugt erheblichen Handlungsdruck**

Auch die demographische Entwicklung erzwingt eine Reform des Sozialstaats. In den nächsten zwanzig Jahren wird die arbeitsfähige Bevölkerung (Alter 20–65) um etwa 15 Prozent zurückgehen. Die Verschiebung des Renteneintrittsalters mildert diesen Effekt auf 13 Prozent ab. Der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitnehmer wird sich durch die Vergreisung unserer Gesellschaft dramatisch zuspitzen. Heute stehen 100 Erwerbstätige 34 Rentnern gegenüber. Der Altenquotient wird trotz Rente mit 67 Jahren bis 2030 auf 43 und bis 2050 auf 56 steigen. Dennoch muss die immer kleiner werdende Gruppe der Erwerbstätigen immer mehr Renten finanzieren. Da auch die Finanzierung der Pflege- und Gesundheitskassen überproportional stark an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hängt, werden sie auch die ebenfalls durch die Vergreisung bedingten steigenden Kosten im Gesundheitswesen zu schultern haben. Der Sozialstaat in seiner heutigen Form ist damit am Limit.

### **Die Lösung: Nachhaltiges Wachstum durch Bildung und Qualifikation**

Welche Auswege gibt es? Die demografische Entwicklung ist nicht mehr veränderbar und allenfalls durch eine stärkere Zuwanderung abzumildern. Die Reformen der Rentenversicherung haben eine verstärkte individuelle Vorsorge notwendig gemacht. Diese kann im unteren Einkommensbereich nur sehr eingeschränkt oder überhaupt nicht geleistet werden. Altersarmut droht, die mit neuen, erheblichen Belastungen für die Sozialsysteme verbunden sein wird.

Grundvoraussetzung für den Erhalt unseres Sozialstaats ist ein nachhaltiges, gesamtwirtschaftliches Wachstum. Trotz einer zurückgehenden Erwerbsbevölkerung muss das gesamtwirtschaftliche Einkommen steigen. Dies kann nur gelingen, wenn die vorhandenen Erwerbspersonen sehr viel besser "eingesetzt" werden, als dies heute der Fall ist. Dazu ist es notwendig, die Erwerbsquoten von Frauen und Älteren zu erhöhen. Gleichzeitig muss der Anteil der gering qualifizierten Beschäftigten deutlich reduziert werden. Durch die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre ist es zwar gelungen, mehr Geringqualifizierte in Beschäftigung zu bringen, dennoch liegt

die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe nach wie vor über 18 Prozent (Norwegen 3 Prozent, Schweden 7 Prozent, Großbritannien 7 Prozent, USA 9 Prozent).

### **Beruf und Familie dürfen kein Widerspruch sein**

Die Erwerbsquote von Frauen lässt sich dann nur signifikant erhöhen, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert wird. Gemessen in Vollzeitäquivalenten liegt die Erwerbsquote von Frauen im Alter zwischen 30 und 40 um 20 Prozentpunkte unter derjenigen von Männern. Eine wirkliche Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Schaffung von vollwertigen Teilzeitstellen, die echte Karriereperspektiven bieten, sind notwendig.

Der absehbare Mangel an Arbeitskräften wird ältere Arbeitnehmer wieder attraktiv für Unternehmen machen. Voraussetzung für eine Erhöhung der qualifizierten Beschäftigung von Älteren ist eine Verwirklichung des Prinzips "lebenslanges Lernen". Nur wenn die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auch mit zunehmendem Alter der Beschäftigten nicht reduziert und neue Karrierewege auch für Ältere entwickelt werden, können wir erfolgreich sein. Auch Anreize für ältere Arbeitnehmer, eine Beschäftigung aufzunehmen bzw. in Beschäftigung zu verbleiben, müssen geboten werden.

### **Köpfe sind das Kapital Deutschlands**

Entscheidend für ein nachhaltiges Wachstum und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland ist die effiziente Nutzung aller unserer Humankapital-Ressourcen. Wir leisten es uns heute, dass 8 Prozent der Schüler ohne einen Abschluss die Schulen verlassen. PISA hat gezeigt, dass Einkommen, Herkunft und die soziale Stellung der Eltern den Schulerfolg der Kinder in Deutschland wesentlich beeinflussen. Hier versagt unser Sozialstaat. Bildung kann nicht nur das gesamtwirtschaftliche Wachstumspotential, sondern auch die Chancengleichheit und die Aufstiegsmöglichkeiten verbessern. Dazu heißt es, die frühkindliche Erziehung auszuweiten und mehr Ganztageschulen einzurichten. Dies wird Jahrzehnte in Anspruch nehmen, aber nur so können wir unsere Gesellschaft zukunftsfähig machen.

### **Der Sozialstaat geht alle an**

Eine weitere Erhöhung der Sozialabgaben ist kontraproduktiv. Sie würde den Abstand zwischen dem Arbeitseinkommen und dem Ersatzeinkommen (Rente oder Arbeitslosengeld) weiter verringern. Leistungsanreize werden so minimiert. Die Finanzierung der Sozialversicherungen muss von den Arbeitsentgelten abgekoppelt werden. Es geht kein Weg daran vorbei, dass in naher Zukunft alle Einkommensarten in ausgewogener Art und Weise ihren Anteil an der Finanzierung der Sozialkassen tragen. Dazu wird eine geeignete Mischung aus Steuerfinanzierung und Kopfpauschalen gefunden werden müssen. Dies bedeutet auch, dass wir für den Erhalt des Sozialstaats Teile des Sozialstaats opfern müssen.